



**MARCHIVUM**

MANNHEIMS ARCHIV  
HAUS DER STADTGESCHICHTE  
UND ERINNERUNG



## **MARCHIVUM Druckschriften digital**

### **Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1923**

514 (8.11.1923) Mittag-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-209342](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-209342)



Die inneren Schwierigkeiten

Abgabe der Bayerischen Volkspartei

Berlin, 8. Nov. (Von unj. Berl. Büro.) Die deutschnationalen Blätter verzeichnen frohlockend die Münchener Meldung, daß eine Beteiligung an dem Kabinett Stresemann aus sachlichen und persönlichen Gründen für die bayerische Volkspartei nicht in Frage kommen könne. Die Deutsche Tageszeitung läßt daran noch die vergnügte Meldung, daß Professor Bayerle von der bayerischen Volkspartei abgetrennt würde und ihm überlassen würde. Der "Vorwärts" glaubt, aus dieser Abgabe der bayerischen Volkspartei und aus der Tatsache, daß in dem Ausschussrat der "Germania" die rechtsgerichteten Zentrumsmitglieder Rück- und Graf Praschna wieder eingetreten seien, daß die "Germania" hinsichtlich im möglichen Zentrumssinne nicht einseitig orientiert werden soll, schließen zu müssen, daß die Schwierigkeiten des Kabinetts von Tag zu Tag größer werden. Sogar in der Deutschen Volkspartei beginnt man, sich nach einem Ersatz für Stresemann umzusehen und nennt als möglichen die Abgeordneten Dr. Meisinger und Dr. Scholz. Ob es in der Deutschen Volkspartei überhaupt Leute gibt, die in diesen demotischen Zeitaltern den Herrn Meisinger oder Scholz die Qualitäten zutrauen, die Geschäfte des Reiches zu führen, entzieht sich unserer Kenntnis. Vermutlich handelt es sich da um die Querstreifen, die von uns bereits in den charakteristischen Winkeln des Herrn Meisinger gesehen. Die Nominierung der Herren Meisinger und Scholz wird von den Herren wohl selber auch wohl kaum ernst genommen werden.

Daß der Reichslandtag auf seiner letzten Vertreterversammlung erneut der Regierung Stresemann das Vertrauen des Reichslandes abgesprochen hat, möchten wir nicht so traurig nehmen, wie das der "Vorwärts" tut. Auf eine Vertrauensumgebung des Reichslandes konnte Dr. Stresemann, wie die Dinge liegen, überhaupt nicht rechnen und hat er wohl auch nicht darauf gerechnet. Schwierig würde die Lage allem werden, wenn es auf Wahrheit beruhen würde, daß nach den Versicherungen des "Vorwärts", die nachträglich nicht in der Lage waren, Herr Herzog in der Befreiung am Prontag erklärt haben soll, daß die Reichswehr eine deutschnationale Regierung fordern und wenn Dr. Stresemann nicht bald zurücktritt, ihn aus dem Kanzlerposten vertreiben werde. Umtrieben möchten wir dazwischen Stimmungsänderungen aus der Reichswehr für ausgeschlossen halten. Auch in führenden Kreisen der Reichswehr wird man sich wohl nicht unklar sein, daß nach einer solchen Stellung, wie immer der tatsächliche Ausgang sein würde, die Reichswehr für alle Zeit erledigt sei.

In diesen Zusammenhang gehört auch, daß die volksparteiliche Fraktion im preussischen Landtag sich entschieden hat, die große Koalition in Preußen aufrecht zu erhalten. Das heißt unsere Auffassung, daß es sich bei den Treibereien gegen Dr. Stresemann um einen Reigen und bestimmten Hügel nur handelt.

Eine deutschnationale Interpellation

Die deutschnationale Fraktion des Reichstages hat die Einbringung einer Interpellation darüber beschlossen, was die Reichsregierung zur Einschränkung der immer mehr wachsenden Arbeitslosigkeit zu tun gedenkt und ob in dieser Hinsicht die Kultivierung der großen Debländflächen in Aussicht genommen werden soll. Weiterhin wird nach der Berücksichtigung der Arbeitsbedürftigkeit gefragt. Ferner wollen die Interpellanten wissen, ob die Wiedereinrichtung der aus den getriebenen Gebieten vertriebenen deutschen Ansiedler ohne Schädigung der einflussreichen Landwirtschaft nachdrücklich betrieben wird.

Zum Aufruf der Reichsregierung

Führt die volksparteiliche "Zeit" in einem früheren Artikel u. a. aus: "Die Reichsregierung bedarf an sich nicht der Hilfe bei ihrer Amtsführung, allen Gewaltstreichen mit der vollen Kraft des Staates entgegenzutreten. Sie wird im Ernstfall die Brücke unerschütterlich stehen. Ebenfalls kann es zweifelhaft sein, daß bei Anwendung der in ihrer Hand befindlichen Machtmittel aller Vorkämpfer der Sache des ganzen Volkes. Das gesamte deutsche Volk muß sich bemühen, daß um kein ferneres Schicksal als Reich und Staat sich entscheiden wird. In diesem Sinne ruft die Reichsregierung das Volk zur Mitarbeit auf."

Das Volk muß dann auf die außenpolitische Ebene hin und hebt hervor, daß England und Amerika die Hilfsbereitschaft bereits in Form von Lebensmitteln und Rohstofflieferungen ganz bestimmte Vorteile annehmen haben. In diesem Augenblick würde ein Staatsstreik in Deutschland alle außenpolitischen Möglichkeiten mit einem Schlag vernichten. Eine deutsche Hilfsbereitschaft würde, wie die "Zeit" weiter ausführte, wieder jene Einheitsfront schaffen, die jahrelang wie ein Wall gegen uns standen hat. Diejenigen, die in diesem Augenblick im Inneren Deutschlands einen Bürgerkrieg entfesseln, lassen der bedauernswürdigsten rassistischen Bevölkerung in den Rücken. Man würde es als Verrat an der Sache des Deutschen empfinden, wenn unter Witz das Schicksal der Brüder in den besetzten Gebieten über der düsteren inneren Kette verfallen würde. Das Volk schließt mit dem Ausdruck der Überzeugung, daß das deutsche Volk sich in seiner Schicksalsstunde seiner Pflicht bewußt sei.

Weitere Aufrufe

haben die demokratische und sozialdemokratische Partei sowie die freien Gewerkschaften, der Kri-Bund und republikanische Organisationen erlassen. Ihnen gemeinsam ist die Betonung des Schutzes der Republik.

Die Gefährdung der Theater

Vor kurzem brachten wir die Nachricht, daß der Fortbestand des Landes-Theaters in Karlsruhe in Frage gestellt oder zum mindesten die Notwendigkeit gegeben sei, Oper oder Schauspiel abzugeben. Darüber hat sich nun in Karlsruhe eine so lebhaft erregte Diskussion in der Presse erhoben, daß man sich an alte — Mannheimer Zeiten erinnert fühlt, wo Publikum und Theater noch wirklich eine Gemeinde waren. Die öffentliche Behandlung dieser nicht nur für Karlsruhe wichtigen, sondern auch für alle Städte wegen der grundsätzlichen Seite beachtenswerten Fragen hat auch zu wesentlichen persönlichen Befragungen und zu einer ausführlichen Aussprache der verantwortlichen Instanzen mit den Vertretern der öffentlichen Meinung und der künstlerischen Kritik" geführt. In der "Bad. Presse" ergreift nun Dr. Walther Schneider das Wort zu längeren Ausführungen, deren ersten Teil wir einiges entnehmen, was uns über in Mannheim auch berührt, teilweise sehr überrascht; denn die Mannheimer "öffentliche Meinung und künstlerische Kritik" wird ja von den verantwortlichen Stellen immer nur sehr mangelhaft über schwelende Fragen unterrichtet.

Der Ausgangspunkt der Debatte in Karlsruhe war die besorgte Frage, was aus dem Theater wird, wenn Reich, Staat und Stadt die Deckung nicht mehr stiften können. Ueber die Aufgaben des badischen Finanzministeriums heißt es: "Der badische Finanzminister selbst und unsere Leser wissen, wie ganz außerordentlich hoch mit keine politische und wirtschaftliche Betätigung einschließen. Ueber aber die kultur- und kunstpolitischen Aufgaben des Staates und die Formen, in der ihnen Rechnung zu tragen ist, darf nicht in erster Linie vom finanzpolitischen Gesichtspunkt aus entschieden werden, hier muß — man wird uns nicht mißverstehen, wenn wir die Dinge reformistisch ausdrücken — das Finanzministerium hinter dem Kultusministerium unbedingt in der nächstliegenden Linie stehen." Daselbst gilt mutatis mutandis auch für die Finanzverwaltung der Stadt Mannheim. Die Pflicht zur Erhaltung unserer Kultur, Güter und zur Pflege unserer Kulturaufgaben ist dringend, doppelt dringend in dieser Zeit des Materialismus. Und es wird sich nach Überwindung der wirtschaftlichen Krise eine starke Rückverlagerung der Staatsaufgaben von der wirtschaftlichen nach der kulturellen Seite ergeben. Den kulturpolitisch verantwortlichen Stellen das Bewußtsein für diese kommenden Aufgaben zu stärken und sie zu zwingen, sich einzustellen und vorzubereiten, ist nicht nur Recht, sondern Pflicht auf derjenigen Seite der Öffentlichkeit, denen diese Sorge innerliche Herzensangelegenheit ist."

Für Karlsruhe wird, da der Staat das alte Hoftheater übernommen hat und das Parlament kaum die Gelder der gesamten badischen Staatskasse für ein in keiner Auswirkung halt lokal be-

Kirche und Staat

Ein interessanter Antwortbrief an den Kanzler

In Beantwortung eines Schreibens, das der Reichskanzler Dr. Stresemann an Kardinal-Erzbischof Faulhaber in München gerichtet hatte, ging dem Reichskanzler eine Zuschrift des Kardinals zu, in der es u. a. heißt:

In Ihrer Zuschrift vom 13. Oktober haben Sie wiederholt einen Gedanken ausgesprochen, der auch in Ihren öffentlichen staatsmännlichen Reden zum Teil wiederkehrt, daß nämlich nur in der stillen Wiedererzeugung des deutschen Volkes die feste Wurzel seiner wirtschaftlichen und politischen Wiedergeburt liege und daß die katholische Kirche für diese Rettung der Volkseele einen großen Einfluß ausüben insonde bei. Dieser Gedanke ist mir so ganz aus der Seele gesprochen und enthält eine so hohe Einschätzung der friedlichen Zusammenarbeit von Kirche und Staat, daß ich mich verstellen läßt. Ein Erzeugnis für den Brief ergeben zu danken. Ich darf, ohne in rein politische Erwägungen einzugreifen und zu allen politischen Tagesfragen von heute Stellung nehmen zu wollen, ein Erzeugnis der Versicherung geben, daß es die Kirche als eine Bewusstseinspflicht empfindet, an der stillen Wiedergeburt des Volkes, insbesondere an dem Abbau der Genüßsucht und an der Pflege des Autarkitätswillens, an dem Abbau des Hasses und der Ständegesellschaft, an der Pflege des Gemeinlebens, an dem Abbau der Selbstsucht und an der Pflege des Opferlebens nach Kräften mitzuarbeiten.

Ich schreibe diesen Brief auf meine persönliche Verantwortung, weß mich aber ganz entschieden mit dem diesjährigen Hirtenschreiben der in Fulda versammelten Bischöfe. Wie sollen die berufenen Staatsmänner auf die Dauer den Mut haben, in der Regierung die Zeit der Verantwortung zu tragen, wenn ihnen fortwährend ihre Forderungen und alle Kundgebungen und Maßnahmen der Regierung mit unfruchtbarer rein negativer Kritik, statt mit positiver Mitarbeit beantwortet werden. Wie sollen wir über die ins Riesenhafte wachsende wirtschaftliche Not, über das mit Arbeitslosigkeit kommende Elend dieses Volkes Herr werden, wenn nicht alle stillen Mächte ohne Unterschied der Konfession und der Standespflicht und Partei zusammenarbeiten? Wie sollen wir sonst den Haß abbauen, der blindwütig über unsere israelitischen Mitbürger oder über andere Volksgruppen in Deutschland und Bogen ohne Schuld nachweis von Kopf den Stab bricht, den Bürgerkrieg nährt, der unabsehbare neue Verwüstungen anrichtet und die Verelendung unseres armen Volkes durch Selbstzerfleischung beschleunigt? Nach dem Zeugnis der Geschichte waren die Bürgerkriege immer noch die erbittertesten, blutigsten und wundenreichsten Kriege.

Ich habe nie einen Hehl daraus gemacht, daß ich die föderalistische Umgestaltung der Weimarer Verfassung für eine staatsmännliche Notwendigkeit halte, um die stehenden Bürgerrechte zu befestigen und wertvolle Kräfte aus dem Eigenleben der deutschen Völkergemeinschaft für den Dienst am Ganzen zu gewinnen. Ich habe nie einen Hehl daraus gemacht, daß alle Reichsgesetzgebungsorgane, die bisher zu Recht bestehende Verhältnisse in ihrem Rechtszustand zu bedrohen und damit in die Freiheit des Bürgerlebens einzugreifen und das Vertrauen vieler Kreise zum Reich zu erschüttern geeignet waren. Ich habe nie einen Hehl daraus gemacht, daß die Treue des bayerischen Volkes zu keinem Königsstuhle des Reichs der völkischen Selbstbestimmung für sich in Anspruch nimmt, daß alles das aber nur auf verfassungsmäßigem und unblutigem Wege geschehe, nicht durch Umsturz und Gewaltmitteln und blutige Eingriffe in den Gang der Entwicklung.

Wäre es mit Gottes Hilfe gelungen, in erster Linie unserem armen Volke Brot und Arbeit zu geben, mit den Nachbarstaaten zu einem friedlichen Ausgleich auf dem Wege der Gerechtigkeit und Billigkeit zu kommen und die Schwere eines Bürgerkrieges fern zu halten."

Wie heute agitiert wird!

Man ist leider nachgerade gewöhnt, daß im heutigen politischen Tageskampf Klatsch und Lüge eine bedeutende Rolle spielen. Die Parteien zu äußersten Rechten und Linken setzen sich dabei besonders aus. Daß aber selbst deutschnationale Parlamentarier sich nicht scheuen, Verleumdungen zu verbreiten, ist besonders bezeichnend.

In der zweiten Septemberhälfte fand in Heidelberg eine deutschnationale Frauerversammlung statt, in der die badische deutschnationale Landtagsabgeordnete Frau Johanna Richter u. a. mitteilte, daß an den Verhandlungen der Großindustriellen des Rhein- und Ruhrlandes mit Frankreich wesentlich Frau Stresemann beteiligt sei, die eine intime Freundin der Frau Polcare wäre, mit der sie in regem Verkehr stünde. Diese geradezu ungeheuerliche Umstellung, von der man eigentlich annehmen müßte, daß sie selbst einer Parlamentarierin zu bläse wäre, als daß sie überhaupt noch wiederholt, veranlaßte den Vorstand der Deutschen Volkspartei in Heidelberg, sich mit der Bitte um Auskunft an Frau Abgeordnete Richter zu wenden. In ihrer Antwort teilte diese dann mit, daß die Äußerung über Frau Stresemann in der Sitzung einer Mitteilung aus dem "Völkischen Beobachter" (Witte September) bestanden habe, "ohne daran eine Kritik anzuknüpfen."

Gerade darin besteht nach unserer Meinung vornehmlich das unparlamentarische Verhalten der Frau Abgeordneten; denn soviel

mußte sie aus ihrer parlamentarischen Tätigkeit doch wirklich wissen, daß man eine unbewiesene Behauptung nicht ohne weiteres verbreiten darf, wenn man es mit keinem Amt als Volksvertreter, auf dem eine besondere Verantwortung ruht, ernst nimmt. Im übrigen ist die Behauptung so abgemildert, daß jedes Wort der Entkräftung oder Gegenentkräftung überflüssig ist. Schlimm ist nur, daß ein derartiges (inniges) Gerücht nicht nur verbreitet, sondern auch geglaubt wird! Die Zweifel an dem "mächtigen" deutschen Volke sind manchmal doch sehr berechtigt.

Aus Darmstadt wird uns geschrieben: Die heutige deutschnationale "Heftliche Landeszeitung" hat sich vor einiger Zeit einen Artikel geleistet, in dem als notwendig hingestellt wird, mit einer Umbildung des Reiches oder dessen Zerfall zu rechnen. Es befinde die Gefahr, daß Rheinböhmen über kurz oder lang sich vom heillosen Staat trenne. Die verbleibenden Reste des Bundes würden sich zu fragen haben, ob sie eine eigene staatlich existierende Einheit erhalten wollen. In Oberhessen und Starkenburg dürften sich sichere Wehrheiten mit dem Anstoß an Bayern ergeben.

Es ist erfreulich, daß ein anderes rechtsradikales Organ, die "Neue Tageszeitung" in Friedberg, die dem Bayernbunde angehört, zwar gegen diesen Unsinns-Stellung nimmt. Von einer Umbildung des Reiches oder von seinem Zerfall zu reden, sei ein Spiel mit dem Feuer. Wir sind fest und wollen im Rahmen des Deutschen Reiches bleiben. Wir wollen ein selbständiges Land, weder uns an Bayern, noch an eine rheinische Republik anschließen."

Die ganze Polemik wird außerhalb des Landes nur deshalb interessieren, weil die "Heftliche Landeszeitung" eins von denjenigen Blättern ist, die seit geraumer Zeit nichts anderes zu tun haben, als einen ganz geistigen und unwahren Kampf gegen die Deutsche Volkspartei und ihren Führer Dr. Stresemann zu betreiben. Daß solchen Blättern, die den Patriotismus geradezu zu haben glauben, einmal aus dem eigenen Boomer ganz gründlich Bescheid gesagt wird, kann wirklich nichts schaden.

Ruhe in Berlin

Berlin, 8. Nov. (Von unj. Berl. Büro.) Der Schutzpolizei ist es gelungen, in Berlin Ruhe zu erzwingen. Die Unruhen haben in der ganzen Stadt erheblich nachgelassen. Im Laufe des gestrigen Tags sind nur noch etwa 10 bis 15 Fälle kleinerer Unruhen gemeldet worden. Durch u. a. langweilige Paraden, auch im Scheinwerferlicht ist das dortige Verbrechen gefindert zum größten Teil zerstreut worden, nur antisemitische Anzeigen sollen sich, wie der "Vorwärts" behauptet, immer noch wiederholen. Aber über mehr oder weniger homöopathische Wirkstoffe kommt es nicht hinaus. Inzwischen ist der Preis für ein 100 Marktes Geldstück gefallen, was natürlich auf die Stimmung der Bevölkerung nicht ganz ohne Einfluß geblieben wird.

Letzte Meldungen

Schulfeiern am 9. November in Thüringen

Das thüringische Volksbildungsministerium hat durch einen Erlass alle öffentlichen Schulen des Landes Thüringen angewiesen, unter Teilnahme der gesamten Lehrer- und Schülerversammlungen am 9. November Schulfeiern zu veranstalten und sie im Sinne der republikanischen Verfassung — die in Thüringen durch Kommunisten "gestiftet" wird! — würdig auszugestalten.

Meersburg, 8. Nov. Die zunehmende Unsicherheit durch lunge Leute, Unbestimmungen, Diebstähle und Sachbeschädigungen, auch auf dem Bereich der öffentlichen Handwerksbetriebe, haben das Bürgerwehramt zu energischen Maßnahmen veranlaßt. Aus einer Anzahl früherer Freiwilligen wird eine amtlich verpflichtete bewaffnete Sicherheitsmannschaft gebildet, die mit den nächsten Wahlen in Stadt und Umgebung gründlich aufzuräumen soll.

Kalle, 8. Nov. Die deutschnationale "Hallische Zeitung" ist vom Wehrereiskommando IV auf drei Tage verboten worden wegen Verbreitung einer Nachricht über Aufschubpläne in der Mark Brandenburg.

Köln, 8. Nov. Hier wurden 21 Kommunistenführer festgenommen.

Paris, 8. Nov. Nach einer Hausbesuchung aus Düsseldorf sind von den 121 000 deutschen Eisenbahnern, die ihre Einstellung bei der Rechte nachsucht haben, bis jetzt nur 32 000 in den Dienst übernommen worden. Die Rechte vertritt, alle zur Beschleunigung der Einstellung erforderlichen Maßnahmen zu treffen.

40 Verordnungen auf Grund des Ermächtigungsgesetzes. Gegenüber irreführenden Behauptungen wird von zuständiger Seite festgestellt, daß die Reichsregierung auf Grund des Ermächtigungsgesetzes seit dem 13. Oktober insgesamt 16 finanzielle, 15 wirtschaftliche und 9 soziale Verordnungen erlassen hat.

Druckfehlerberichtigung. In dem Artikel "Reichsleitend, Föderalismus, Rheinbund" von Dr. Ernst Ried in Nr. 512 muß es am Ende des dritten Absatzes statt "Geschäftsmacher des Rheinlandes" "Geschäftsmacher des Rheinbundes" heißen.

grenztes Institut wird bewilligen dürfen, die Frage des Abbaus sehr dringend werden, zumal die Stadt die Kosten auch nicht decken kann. Der wird sich nach Dr. Schneider so verhalten müssen, daß die Oper fällt. "Gute Musik und eine gute Oper sind gewiß etwas sehr Schönes, und wir möchten auch gewiß nicht die Verpflichtung des Staates zur Musikpflege grundsätzlich bestreiten. Der weite Bereich der absoluten Musik (Sopranen, Bräutigam, Wagner usw.) die Förderung der normstrebenden Lebenden (Schubert, Krenn, Hindemith usw.), die Opern-Regie und Webers sollen in diesen Aufgabenteilen hinein. Aber auch bei dieser Anerkennung wird wohl leicht Einmütigkeit darüber zu erzielen sein, daß der Kulturwert der Musikpflege (besser noch "Opernpflege" Schriftl.) hinter dem geistigen, kulturpolitischen Wert des Schauspiels zurücktritt. — Wenn nun der kulturpolitisch und wichtiger Teil des Theaters weitaus den Vorrang der Zuschüsse erfordert und wenn nach Einschränkung dieser Zuschüsse die Erhaltung der staatlichen Oper des Instituts in seiner Gesamtheit auf das Niveau höchster Provinz zu drücken droht, so kann die Konsequenz nicht zweifelhaft sein.

Die Beschränkung des Staates auf die Vorkriegszeit stehende kulturpolitische Aufgabe des Schauspiels brauchte doch nicht unbedingt für Karlsruhe den Verlust der Oper zu bedeuten. Beim Drucker wäre zu prüfen, ob es mit einem tüchtigen Dirigenten an der Spitze sich nicht aus sich selbst und mit Hilfe beschränkter städtischer Zuschüsse, vielleicht auch mit Unterstützung von Sponsoren erhalten kann, wenn eine geistige Leitung diesen Apparat zu vernünftigen Verhältnissen verleiht. Auf der Grundlage einer so gesicherten Fortexistenz eines städtischen Druckers läßt sich dann wohl auch in organisatorischer Verbindung mit anderen Städten (vor allem Mannheim und Baden-Baden, weiter aber auch Heidelberg und Florenz) die Möglichkeit anknüpfen, Opernaufführungen in Karlsruhe (und in Mannheim, wo die finanziellen Verpflichtungen für das Theater auch allmählich über die Kraft gehen, scheint man daran zu denken, bei einem Abbau der Oper in Karlsruhe in umgekehrter Weise das Schauspiel aufzugeben. Die Städte können sich dann gegenseitig Schauspieler und Oper ausleihen. Im anderen Falle, wenn nämlich Mannheim ebenfalls die Oper abgeben müßte, könnte man den Gedanken einer gemeinsamen Oper der nord- und mittelhessischen Städte wieder aufgreifen. Ein Mannheimer Orchester (für Heidelberg mit) und ein Karlsruher städtisches Orchester an dessen Erhaltung vor allem Baden-Baden ein lebhaftes Interesse nehmen müßte, daneben ein Sponsorenkreis als wandernde Truppe (der Staat müßte sich beim Reich für Tarifermäßigung einsetzen) und den dringenden Bedürfnissen könnte Genüge getan werden.

Im Zusammenhang mit der Betrachtung, wie sich die Umorganisation des Karlsruher Landes-Theaters zu einer Schauspielschule von Rang — die Kulturbedeutung jedes Theaters hängt

in der Hauptsache von seinem Schauspielab — vollziehen könnte, schreibt Dr. Schneider über die Stellung des Theaterleiters, — der die geeigneten Regiekräfte nach ihren Fähigkeiten richtig auf ihre Aufgaben zu verteilen vermag, der ein in sich selbst erfüllendes Schauspielensemble aufzuspielen, zusammenzuführen, zusammenzuführen und mit starker Hand zu leiten vermag, eines Theaterleiters, der aber auch ein künstlerisches Programm in sein eigen nennt, der nicht nur am Geworbenen steht, sondern aus dem Geist der Zeit schöpft und mit den Lebenden vorwärts freht. — daß er "von Eingriffen unästhetischer Instanzen" unbedingte Freiheit müßte. Das läßt sich nur erreichen, wenn sich der Verwaltungsrat nicht nur in der Theorie, sondern auch praktisch von allen Eingriffen in die Theaterführung zurückhält. Der Verwaltungsrat ist überhaupt ein vollkommen überflüssiges Institut, der Aufsichtsrat und der zuständige Referent genügen als vorgeordnete Aufsichtsbehörde vollkommen. Und diese praktische Bestimmung gegenüber dem Theater sollte sich daraus ableiten, den Theaterleiter zu finden, der den oben umrissenen Forderungen Genüge tut, ihm feste, klare Richtlinien über die Höhe der Mittel, die verauslagt werden dürfen, zu geben und ihn dann vollkommen frei gewähren zu lassen, solange er als freischaffender künstlerischer Führer den künstlerischen und kulturpolitischen Notwendigkeiten eines Staatstheaters genüge tut. Solange aber ein Intendant einen Verwaltungsrat fragen muß, ob er seinem ersten Tenor eine höhere Gage geben darf, solange er selbst keinen ersten Tenor hat, oder er nicht im Rahmen seines Budgets um der Erhaltung eines wertvollen Künstlers willen an einer unrichtigen Stelle einsparen kann, solange er wegen jeder Reinsparierung, die Geldmittel erfordert, mit seinem Verwaltungsrat sprechen muß und dabei natürlich abhängig davon ist, ob die gesamte Reinsparierung an Arbeitslosen und an der Vorstellen einer Mehrheit des Verwaltungsrates scheitert, so lange wird natürlich der Intendant, den das badische Landestheater braucht, nicht herbertommen."

Der Zufall zu dem Schluß dieser Ausführungen liegt so nahe, daß wir die Frage, warum auch nach Mannheim der Intendant, den das Theater braucht, nicht finden können, nicht stellen wollen!

National-Theater Mannheim

Violetta (Reueinstudiert)

Nicht neue Methoden und neue Worte, sondern einfache Tatsachen! Kein Opernfreund nennt diese Oper "Violetta", vielmehr nennt jeder sie "Traviata". Aber was heißt dies? Götliche Meinen, es sei ein Vornamen. In Wirklichkeit heißt das italienische Wort "die Verlorene".

Wenigen, die den Mythos verlieren, Menschen, die zum Leid erzählten, sind immer ein Gegenstand der Dichtung gewesen. Und als der längere Dumas im Jahre 1848 den Roman "La dame aux

Durch Tarifverhandlungen ist der Traglohn für die laufende Woche nachträglich von 4,450 Milliarden auf 5,720 Milliarden erhöht worden und wir bitten unsere Bezahler, den Mehrbetrag von 1,270 Milliarden unserem Trägerpersonal gest. direkt auszahlen zu wollen.

Geschäftliche des Mannheimer General-Anzeiger.

Warum muß man Zeitung lesen?

Unter dieser Überschrift bringt die Frankfurter Zeitung folgende lehrreiche Aufzählung der Leserschaft: Niemand ist die Zeitung für den Einzelnen so wichtig gewesen wie jetzt. Das Lesen einer Zeitung bedeutet: Verbundenheit mit Deutschlands Schicksal, Deutschlands Zukunft.

Darüber hinaus gibt die Zeitung ein mit allen Hilfsmitteln modernster Technik hergestelltes, ständig wechselndes Bild der Vorgänge im eigenen Lande und in der Welt. Kritische Beiträge fachlich geschulter Männer tragen zum Verständnis der jeweiligen Situation bei.

Städtische Nachrichten

Rapassung der Mieten an den Friedensstand

Der Plan, den der Reichsarbeitsminister vor einiger Zeit dem Reichskabinett zur Belustigung vorgelegt hat, geht von der Auffassung aus, daß die bisherigen Maßnahmen zur Behebung der Wohnungsnot, die darauf hinauszielten, bis zur Beseitigung der Wohnungsnot durch Einwirkung auf die Mietpreisbildung und durch Einschränkung der Wohnungsabgabe einen Ausweg zwischen den Mietern in alten und neuverbauten Häusern herbeizuführen, sich als unannehmbar erwiesen haben.

Der Plan, den der Reichsarbeitsminister vor einiger Zeit dem Reichskabinett zur Belustigung vorgelegt hat, geht von der Auffassung aus, daß die bisherigen Maßnahmen zur Behebung der Wohnungsnot, die darauf hinauszielten, bis zur Beseitigung der Wohnungsnot durch Einwirkung auf die Mietpreisbildung und durch Einschränkung der Wohnungsabgabe einen Ausweg zwischen den Mietern in alten und neuverbauten Häusern herbeizuführen, sich als unannehmbar erwiesen haben.

Der Plan, den der Reichsarbeitsminister vor einiger Zeit dem Reichskabinett zur Belustigung vorgelegt hat, geht von der Auffassung aus, daß die bisherigen Maßnahmen zur Behebung der Wohnungsnot, die darauf hinauszielten, bis zur Beseitigung der Wohnungsnot durch Einwirkung auf die Mietpreisbildung und durch Einschränkung der Wohnungsabgabe einen Ausweg zwischen den Mietern in alten und neuverbauten Häusern herbeizuführen, sich als unannehmbar erwiesen haben.

Der Plan, den der Reichsarbeitsminister vor einiger Zeit dem Reichskabinett zur Belustigung vorgelegt hat, geht von der Auffassung aus, daß die bisherigen Maßnahmen zur Behebung der Wohnungsnot, die darauf hinauszielten, bis zur Beseitigung der Wohnungsnot durch Einwirkung auf die Mietpreisbildung und durch Einschränkung der Wohnungsabgabe einen Ausweg zwischen den Mietern in alten und neuverbauten Häusern herbeizuführen, sich als unannehmbar erwiesen haben.

Der Plan, den der Reichsarbeitsminister vor einiger Zeit dem Reichskabinett zur Belustigung vorgelegt hat, geht von der Auffassung aus, daß die bisherigen Maßnahmen zur Behebung der Wohnungsnot, die darauf hinauszielten, bis zur Beseitigung der Wohnungsnot durch Einwirkung auf die Mietpreisbildung und durch Einschränkung der Wohnungsabgabe einen Ausweg zwischen den Mietern in alten und neuverbauten Häusern herbeizuführen, sich als unannehmbar erwiesen haben.

Die Mieterschuld- und Wohnungsverhältnisse unter allen Umständen aufrechterhalten werden. Die Mieten sollen nur in solcher Höhe festgesetzt werden, die den Mietern in der Lage kommen, die für die Mieter wirtschaftlich tragbar ist.

Die Mieterschuld- und Wohnungsverhältnisse unter allen Umständen aufrechterhalten werden. Die Mieten sollen nur in solcher Höhe festgesetzt werden, die den Mietern in der Lage kommen, die für die Mieter wirtschaftlich tragbar ist.

Die Mieterschuld- und Wohnungsverhältnisse unter allen Umständen aufrechterhalten werden. Die Mieten sollen nur in solcher Höhe festgesetzt werden, die den Mietern in der Lage kommen, die für die Mieter wirtschaftlich tragbar ist.

Pöbliche Einstellung des Schlafwagens Mannheim-Berlin

Der Verkehrsverein in Mannheim-Berlin hat sich über die Schließung des Schlafwagens Mannheim-Berlin im Laufe des gestrigen Vormittags von Berlin aus eine Drahtnachricht zugekommen, nachdem der Schlafwagen bereits am Dienstag abend in Berlin eingetroffen ist.

Der Verkehrsverein in Mannheim-Berlin hat sich über die Schließung des Schlafwagens Mannheim-Berlin im Laufe des gestrigen Vormittags von Berlin aus eine Drahtnachricht zugekommen, nachdem der Schlafwagen bereits am Dienstag abend in Berlin eingetroffen ist.

Der Verkehrsverein in Mannheim-Berlin hat sich über die Schließung des Schlafwagens Mannheim-Berlin im Laufe des gestrigen Vormittags von Berlin aus eine Drahtnachricht zugekommen, nachdem der Schlafwagen bereits am Dienstag abend in Berlin eingetroffen ist.

Die Teuerung in Baden und im Reich

Die Landesregierung für Baden hat die Berechnung der Teuerung in Baden und im Reich veröffentlicht. Die Teuerung in Baden beträgt 57,5 Prozent, im Reich 59,7 Prozent.

Die Landesregierung für Baden hat die Berechnung der Teuerung in Baden und im Reich veröffentlicht. Die Teuerung in Baden beträgt 57,5 Prozent, im Reich 59,7 Prozent.

Die Landesregierung für Baden hat die Berechnung der Teuerung in Baden und im Reich veröffentlicht. Die Teuerung in Baden beträgt 57,5 Prozent, im Reich 59,7 Prozent.

Kunst und Wissenschaft

Die Landesregierung für Baden hat die Berechnung der Teuerung in Baden und im Reich veröffentlicht. Die Teuerung in Baden beträgt 57,5 Prozent, im Reich 59,7 Prozent.

Zur Einweihung der Melancthonkirche in der Neckarstadt

Am Sonntag, 11. November, wird die Melancthonkirche in der Neckarstadt feierlich eingeweiht. Folgendes Festprogramm ist für diesen von der Melancthonkirche lange herbeigesehnten Feiertag aufgestellt: 8 Uhr Choralübungen des Choralvereins vor der neuen Kirche.

Am Sonntag, 11. November, wird die Melancthonkirche in der Neckarstadt feierlich eingeweiht. Folgendes Festprogramm ist für diesen von der Melancthonkirche lange herbeigesehnten Feiertag aufgestellt: 8 Uhr Choralübungen des Choralvereins vor der neuen Kirche.

Am Sonntag, 11. November, wird die Melancthonkirche in der Neckarstadt feierlich eingeweiht. Folgendes Festprogramm ist für diesen von der Melancthonkirche lange herbeigesehnten Feiertag aufgestellt: 8 Uhr Choralübungen des Choralvereins vor der neuen Kirche.

Am Sonntag, 11. November, wird die Melancthonkirche in der Neckarstadt feierlich eingeweiht. Folgendes Festprogramm ist für diesen von der Melancthonkirche lange herbeigesehnten Feiertag aufgestellt: 8 Uhr Choralübungen des Choralvereins vor der neuen Kirche.

Am Sonntag, 11. November, wird die Melancthonkirche in der Neckarstadt feierlich eingeweiht. Folgendes Festprogramm ist für diesen von der Melancthonkirche lange herbeigesehnten Feiertag aufgestellt: 8 Uhr Choralübungen des Choralvereins vor der neuen Kirche.

Am Sonntag, 11. November, wird die Melancthonkirche in der Neckarstadt feierlich eingeweiht. Folgendes Festprogramm ist für diesen von der Melancthonkirche lange herbeigesehnten Feiertag aufgestellt: 8 Uhr Choralübungen des Choralvereins vor der neuen Kirche.

Am Sonntag, 11. November, wird die Melancthonkirche in der Neckarstadt feierlich eingeweiht. Folgendes Festprogramm ist für diesen von der Melancthonkirche lange herbeigesehnten Feiertag aufgestellt: 8 Uhr Choralübungen des Choralvereins vor der neuen Kirche.

Am Sonntag, 11. November, wird die Melancthonkirche in der Neckarstadt feierlich eingeweiht. Folgendes Festprogramm ist für diesen von der Melancthonkirche lange herbeigesehnten Feiertag aufgestellt: 8 Uhr Choralübungen des Choralvereins vor der neuen Kirche.

Am Sonntag, 11. November, wird die Melancthonkirche in der Neckarstadt feierlich eingeweiht. Folgendes Festprogramm ist für diesen von der Melancthonkirche lange herbeigesehnten Feiertag aufgestellt: 8 Uhr Choralübungen des Choralvereins vor der neuen Kirche.

Am Sonntag, 11. November, wird die Melancthonkirche in der Neckarstadt feierlich eingeweiht. Folgendes Festprogramm ist für diesen von der Melancthonkirche lange herbeigesehnten Feiertag aufgestellt: 8 Uhr Choralübungen des Choralvereins vor der neuen Kirche.

Am Sonntag, 11. November, wird die Melancthonkirche in der Neckarstadt feierlich eingeweiht. Folgendes Festprogramm ist für diesen von der Melancthonkirche lange herbeigesehnten Feiertag aufgestellt: 8 Uhr Choralübungen des Choralvereins vor der neuen Kirche.

# Aus Handel und Industrie

## Die Herstellung der Rentenmark

Die Fleischpreise haben sich infolge des gestiegenen neuerlichen Mehlpreises automatisch um die Hälfte erhöht. Bei einem Verkaufspreis von 1,40 M. kostet heute das Pfund Rindfleisch 1. Sorte und Kalbfleisch je 210, Rindfleisch 2. Sorte 160 und 3. Sorte 135 Milliarden Mark. In Stuttgart ist das Fleisch um die Hälfte billiger. Nach den seit gestern gültigen Preisen sollen in der schwebeligen Hauptstadt Döfeln- und Rindfleisch 1. Güte 100 (über 35) Rindfleisch 2. Güte 90 (30), Rindfleisch 1. Güte 80 (25), 2. Güte 65-75 (20), Kalbfleisch 105 (35), Schweinefleisch 105 (35), Hammelfleisch 90 (30), Schaffleisch 65-75 (22) Milliarden. Der Bestand der Fleischrechnung war, wie wir hören, vor den Soatenschnitt zur Rechtfertigung geladen. Bei dieser Gelegenheit wurde u. a. festgestellt, daß die badische Regierung die einzige in ganz Deutschland ist, die noch eine Fleischsteuer erhebt, die 5 Goldpfennige auf das Pfund beträgt. Die Regierg sind gern bereit, die Goldgrundverträge herabzusetzen, sobald die Feuerstätten und sonstigen Befestigungen zurückgeschraubt werden. Höchst bedauerlich ist die nahezu völlige Ausschaltung des Gefrierfleisches als preisbildender Faktor. Die Devisenquote war in den letzten Tagen so gering, daß der Einkauf des Großhandels so gut wie lahmgelegt ist. Die ausländischen Insassen sollten auf diesen Mangel ihr Augenmerk richten und in Berlin mit der größten Schärfe und Energie vorzugehen. Vor allem ist darauf hinzuwirken, daß die Erleichterung der Besoldung in gefährlicher Weise gestoppt werden muß, wenn sie nicht, welche Ursache dem Verlangen der Besoldung mit Gefrierfleisch zugrunde liegt. Es muß bei einem Fleischpreis von 210 Milliarden unter allen Umständen möglich sein, sich wenigstens noch Gefrierfleisch kaufen zu können. Bisher hat ein dringender Ruf der Stadtverwaltung in Berlin mehr Erfolg, als die Bemühungen des hiesigen Großhandels, der leider laubende Ohren predigt.

**Warnung vor einem geschäftlichen Manöver.** Neuerdings wird auch in Baden, vor allem auf dem Lande, ein geschäftliches Manöver verübt, vor dem nicht dringend genug gewarnt werden kann. Gewisse Erbkassen bieten der Bevölkerung Anleihen, Schube, Forderer und ähnliche Bedarfsanordnungen an, ohne Beschlüsse, selbst Bieh, lediglich gegen die Verpflichtung, die natürlich schriftlich bestätigt werden muß, zum 1. Mai 1924 den Betrag zu bezahlen. In der Verpflichtung ist nicht bestritten, ob der Betrag in Goldmark oder einer anderen vielleicht gültigen Reumark oder wie sonst zu bezahlen ist. Hier liegt ein altes geschäftliches Manöver vor, vor dem alle Verbraucher dringend gewarnt sein sollen. Wenn heute z. B. ein Ankauf erfolgt wird, mit der Zahlungsfrist von fünf bis sechs Monaten am 1. Mai 1924, so kann diese Summe bei der Unklarheit unserer Geldwertverhältnisse am 1. Mai 1924 eine Höhe erreicht haben, die alle heutigen Bezüge übersteigt. Handelt es sich aber um größere Werte, wie vielleicht Vieh oder Maschinen, so kann dem Käufer, aber wenn er inzwischen sterben sollte, seinen Hinterbliebenen, eine Verpflichtung erwachsen, die sie nicht mehr erfüllen können. Deshalb sei erneut vor betrieblchen geschäftlichen Manövern aufs dringendste gewarnt.

## Veranstaltungen

**„Die neue Erde“.** Wir verweisen auf den Vortrag Dr. D. S. Lingers am morgigen Freitag abend. Dem Redner geht ein guter Ruf in wissenschaftlicher und künstlerischer Hinsicht voraus. (Siehe Anzeiger.)

## Kommunale Chronik

### Verjorgung der Städte mit Lebensmitteln und Brennstoffen

Der Badische Städteverband hielt dieser Tage unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Dr. Walz-Selberg im Rathaus zu Karlsruhe eine Vorstandssitzung ab. Den Hauptgegenstand der Beratung bildete die Verjorgung der Städte mit Lebensmitteln und Brennstoffen. Die derzeitigen Schwierigkeiten in der Brotverjorgung liegen in der Ueberlieferung der Getreidemangelswirtschaft in die freie Wirtschaft, die von der Befehlshaber nicht rechtzeitig vorbereitet worden war. Daß die Städte bei dieser Ueberlieferung nach Kräften mitzumachen entschlossen sind, bedarf keiner besonderen Betonung. Bei ihrer katastrophalen Finanzlage sind sie aber außerstande, die für die Durchführung der Brotverjorgung erforderlichen außerordentlich hohen Mittel selbst aufzubringen. Eine reibungslose Fortführung der Verjorgung ist nur möglich, wenn den Gemeinden ausreichende Kredite durch die Reichsbank auf längere Fristen in nicht wertbepfändlicher Form zur Verfügung gestellt werden. Was für die Brotverjorgung gilt, muß in gleicher Weise auch für die Kartoffelverjorgung und für die Brennstoffverjorgung verlangt werden. Sonst ist die Anlegung von Winterreserven ein Ding der Unmöglichkeit. Die Gründung eines Gemeindebedarfspfänderverbandes in Anlehnung an die kommunale Feuerversicherung wird grundsätzlich beschlossen. In anderen deutschen Ländern sind bereits kommunale Haftpflichtversicherungen schon gebildet. Die Rückverjicherung soll bei den durch den Deutschen Städteverband ins Leben zu rufenden Rückverjicherungverbänden genommen werden. Die Aufbringung der Mittel für die Erwerbslosenverjorgung ist am 1. November 1923 neu geregelt worden. Bis zur Durchführung der Verjorgung fehlen den Gemeinden, die die Erwerbslosenunterstützung auszubehalten haben, die Mittel hierfür. Es muß daher zur Vermeidung von Schwierigkeiten verlangt werden, daß das Land für diese Uebergangszeit die nötigen Beträge zur Verfügung stellt. Wiederholt ist der Städteverband dahin vorstellig geworden, daß das Land zur Befreiung der Erwerbslosigkeit umfangreiche Rottfahndarbeiten in die Wege leitet. Es soll in diesem Sinne erneut dringende Verjorderung erhoben werden. Der Verband beschloß sich ferner mit einer Reihe von weiteren Fragen, wie der Unterrichtszeit an den Volksschulen, dem Hauswirtschaftsunterricht an der Arbeiterfortbildungsschule, der Wohnungsmangelfrage u. a.

Die Reichsregierung hat den in der Vorhandlung des Badischen Städteverbandes geäußerten Wünschen, soweit sie sich auf das Eingreifen des Staates zur Befreiung der wirtschaftlichen Notlage beziehen, entsprochen. Rühmliche Mitteilungen über die Regierungsmassnahmen sind im politischen Teil enthalten.

## Aus dem Lande

**Horsheim, 6. Nov.** Auf der Straße Brödingen wurde am Sonntag abend ein Tierer verheirateter zur Zeit arbeitsloser Goldarbeiter, der in einem Handford Schwaben trug, von über 20 bis 25 Jahre alten Männern überfallen, mit Gummiknüppeln niedergeschlagen und seiner Borschaft beraubt.

**Offenburg, 7. Nov.** Im Offenburger Stadtwald mußte in der letzten Woche eine Rieseneiche gefällt werden, die vom Sturm so stark beschädigt wurde, daß ihr Los besiegelt war. Diese Eiche ist wohl die größte weit und breit gesehene. Der untere Teil ist 6,4 Meter lang, stiellos und hat 1,4 Meter Durchmesser, oben 1 Meter. Der mittlere Teil, der 4,4 Meter lang ist, trägt Kiefer von 70 cm Durchmesser. Der untere Stamm mißt 5 1/2 Meter. Der Wurzelstiel hat am Boden einen Umfang von 5,5 Meter. Den Jahresringen nach dürfte der Baum etwa 225-230 Jahre alt sein. Um den Wurzelstiel abzuwickeln, brauchten drei Mann einen Tag.

**Hornberg, 5. Nov.** Der Hornberger Stadtrat der Schwabensiedlung ist befaßtlich den Anforderungen der Reuszeit nicht mehr gewachsen, so daß er in eine Steinbockenbrücke umgebaut werden soll. Da bis zur Ausführung des Umbaues aber noch einige Zeit verstreichen wird, ist bis auf weiteres eine besondere Betriebsvorschrift mit einer Herabsetzung der Auswahlschwindigkeit von höchstens 15 km. mit der die Brücke befahren werden darf, erlassen worden.

**Immenhingen, 7. Nov.** Ein schweres Unglück ereignete sich gestern vormittag auf dem hiesigen Bahnhof. Dem Oberkassierer Johann Dufferer von Balingen wurde von einem Zug der Kopf abgerissen. Der bebaunermerte Mann, ein plattdeutscher Beamter, ist 47 Jahre alt und hinterläßt eine Frau und 2 Kinder.

**Tiengen, 7. Nov.** Die Stadtluhr kreuzt. Der Resner der „alt. Röhrengemeinde“ hatte die Uhr zu beheben und verlangt jezt die Bezahlung. Auch hat er das Läuten zur Mittagszeit eingestellt. Die Stadtgemeinde wird gezwungen sein, die Uhr, die ihr Eigentum ist, selbst durch einen Beamten aufziehen zu lassen, um dem unbeherrschten Zustand ein Ende zu machen.

## Die Herstellung der Rentenmark

Mit der Herstellung der Rentenbankscheine wurde auch vor dem Inkrafttreten der Verordnung über die Rentenbank begonnen. Die starke Inanspruchnahme der Reichsdruckerei und der zehn mit ihr zusammenarbeitenden Privatdruckereien für Zwecke der Herstellung von Reichsbanknoten und Goldanleihestücken hat die technischen Möglichkeiten der Herstellung erheblich eingeschränkt. Dabei muß man sich vor Augen halten, daß die Herstellung eines so hochwertigen Zahlungsmittels, wie es die Rentenmark ist, im Interesse der Verkehrssicherheit weitgehende Vorsichtsmaßregeln erfordert. Die erste Menge der Rentenbankscheine war am 30. 10. fertiggestellt und zwar wurde damals zunächst der kleine Betrag von 150.000 M. erreicht. Am 31. 10. war er auf 450.000, am 1. 11. auf 2.950.000 und am 5. 11. auf 17.750.000 M. gestiegen. Am 12. 11. werden 105 Millionen Rentenmark fertiggestellt sein. Bis zum 15. 11. soll dann der Betrag der bis dahin insgesamt hergestellten Rentenbankscheine auf 243 Millionen M. steigen. Auch die Herstellung der Rentenpfennige ist in die Wege geleitet, und die Berliner Münze wird, nachdem alle Vorarbeiten unter Inanspruchnahme der Privatindustrie getroffen sind, noch in dieser Woche mit der Prägung beginnen. Der Tag, wo das Rentengeld herauskommt, läßt sich noch nicht mit Sicherheit angeben, weil eine sorgsame Verjteilung über das Land vorgesehen werden muß, man darf darauf rechnen, daß die Rentenmark und der Rentenpfennig sehr bald in die Hauptkanäle des Zahlungswesens eindringen und dem Verkehr zur Verfügung stehen werden. Am dem gleichen Tag, wo mit der Herausgabe der Rentenmark begonnen wird, hört entsprechend den Bestimmungen über die Rentenbank die Inanspruchnahme der Reichsbank durch die Diskontierung von Reichsschatzwechseln mit der weittragenden praktischen Bedeutung auf, daß die Inflationsquelle verstopft und die Tätigkeit der Notenpresse stillgelegt wird.

## 501% Steigerung der Großhandelspreise

Die auf den Stichtag des 6. November berechnete Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamts ergibt in Papiermark bei einem amtlichen Dollarkurs von 420 Milliarden M. das 129-milliardefache der Friedenspreise und ist gegenüber dem Stande vom 30. Oktober um 501,2 Prozent gestiegen. Das Goldniveau der Großhandelsindexziffer (1913 = 100) hat sich in der gleichen Zeit von 120,5 auf 123 oder um 7,1 Prozent gehoben. Von den Hauptgruppen stiegen Lebensmittel um 624,5 Prozent auf 113,5-milliardefache, davon die Gruppe Getreide und Kartoffeln um 704,5 Prozent auf das 99,7-milliardefache, Industriestoffe um 550,8 Prozent auf das 157,8-milliardefache, davon die Gruppe Kohle und Eisen um 549 Prozent auf das 161,7-milliardefache, ferner Einfuhrwaren um 560,6 Prozent auf das 155,8-milliardefache und Inlandwaren um 599,3 Prozent auf das 123,6-milliardefache. Im Monatsdurchschnitt Oktober (unter Berücksichtigung aller während des Monats Oktober getätigten Preisnotierungen) hat sich das Niveau der Großhandelspreise in Papiermark um 29,525 Prozent auf das 7,1-milliardefache des Friedensstandes und in Goldmark (1913 = 100) von 101,6 im Durchschnitt September auf 117,9 oder um 15,9 Prozent im Durchschnitt Oktober gehoben. Von den Hauptgruppen stiegen gleichzeitig Lebensmittel um 33,014 Prozent auf das 5,4-milliardefache (90,3 Gold), davon die Gruppe Getreide und Kartoffeln um 34,174 Prozent auf das 4,1-milliardefache (63,9 Gold), Industriestoffe um 28,710 Prozent auf das 10,2-milliardefache (169,3 Gold), davon die Gruppe Kohle und Eisen um 27,300 Prozent auf das 11-milliardefache (182,8 Gold), ferner Einfuhrwaren um 28,463 Prozent auf das 9,3-milliardefache (153,8 Gold), Inlandwaren um 29,834 Prozent auf das 6,7-milliardefache (110,7 Gold).

## Die neuen Schutzzollpläne der englischen Regierung

Ueber die neuen Schutzzollpläne der englischen Regierung wird aus London gemeldet: Schutzzolltarife sollen gegenüber allen Ländern mit entwerteter Valuta eingeführt werden. Die Gesetze zum Schutze der Industrie sollen in vollem Umfange durchgeführt werden. Eine sofortige Untersuchung der Lage in der englischen Industrie soll in allen Industriezweigen erfolgen, damit ein allgemeiner Zolltarif ausgearbeitet werden könne. Alle Waren aus den Dominions sollen Vorzugspreise erhalten, alle Einnahmen aus dem Zolltarif sollen zur Unterstützung der Unternehmer verwendet werden, die sich zur Aufgabe setzen, die Beziehungen zwischen dem Reich und den einzelnen Dominions zu verbessern. (Diese Pläne bedeuten in ihrer Rückwirkung auf Deutschland eine neue Erachwerung des Exports und damit neue Schwierigkeiten für die Erlangung von Devisen zur Reparationszahlung.)

**Berlin, 7. Novbr.** Der Goldrechnungsatz für die Reichsteuern am 8. November beträgt 150 Milliarden.

**Zellstoffabrik Waldhof in Mannheim-Waldhof.** Von der Firma E. Ladenburg in Frankfurt ist der Antrag auf Zulassung von 100.000.000 M. neuen Stammaktien (Nr. 100.001-200.000) der Zellstoffabrik Waldhof zum Handel und zur Notierung an der Frankfurter Börse gestellt worden.

**Wertbeständige Kredite.** Die Vereinigung württembergischer Banken und Bankiers gibt bekannt, daß die ihr angeschlossenen Banken sich infolge der außerordentlich rasch fortschreitenden Geldentwertung gezwungen sehen, Kredite und Vorschüsse nur noch in wertbeständiger Form zu geben. Bestehende Kredite, Vorschüsse und Ueberziehungen werden, sofern sie nicht bis spätestens Dienstag, den 6. November zur Rückzahlung gelangt sind, von diesem Tage ab in der Weise valorisiert, daß der Markbetrag zum amtlichen Berliner Mittelkurs vom Samstag, den 3. November, für amerikanische Dollars umgerechnet wird. Bei der seinerzeitigen Rückzahlung der Schuld, einschließlich Zins und Provision erfolgt die Rückrechnung zum Dollarkurs des Vortages, mindestens aber ist der ursprüngliche Markbetrag zurückzuzahlen.

**Nürnbergischer Lebensversicherungs-Bank in Nürnberg.** In der so. G.-V. wurde der Jahresabschluss für 1922 genehmigt; der Reingewinn beträgt 1.193.963 M., woraus an die Aktionäre die Höchstdividende von 10 Prozent des bar eingezahlten Aktienkapitals verteilt wird. Das Aktienkapital wurde auf 121 Millionen M. erhöht; den alten Aktionären wird ein Bezugsrecht im Verhältnis von 4:1 eingeräumt. Das turnusgemäß ausscheidende Mitglied des Aufsichtsrats Generaldirektor Rud. Ferling von der Firma A. W. Faber in Stein bei Nürnberg wurde wieder gewählt; neu gewählt wurden Generaldirektor Stephan Bing (Bing Werke) Nürnberg, Kommerzienrat Christoph Fleischmann (Vorstand der Weber u. Ott A.-G.) Fürth, Ingenieur Krauß, I. Direktor der Lokomotivfabrik Krauß u. Co. A.-G., München, Generaldirektor Nordmann (Löwenbrauerei) Berlin, Graf v. Pestalozza, Geh. Justizrat in Nürnberg, Mitglied des Landtags, Direktor Scheyer (Dresdener Bank) Nürnberg, Generaldirektor R. Wiener (Intag-Phöbus, Vers. A.-G.) Berlin.

**Motorenbeaufsichtigungs- u. Handelsgesellschaft A.-G.** Mit einem Grundkapital von 100 Millionen M. wurde diese Gesellschaft in Mannheim gegründet und handelsgerichtlich eingetragen. Das Unternehmen ist aus der Firma: Motorenbeaufsichtigungs G. m. b. H. hervorgegangen. Vorstand: Kaufmann Friedrich Rinderspacher in Mannheim. Im Vorsitz des Aufsichtsrates sind vertreten: Direktor Fritz Schmitt (Badische Treuband-Gesellschaft) Mannheim, Rechtsanwalt Dr. Walter Reidel, Mannheim.

**Deutschland - Amerikas bester Abnehmer für Baumwolle und Kupfer.** In den ersten acht Monaten dieses Jahres sind laut Textil-Woche von den Vereinigten Staaten über 500.000 Ballen Baumwolle im Werte von über 70 Millionen Dollars nach Deutschland und nur 440.000 Ballen im Werte von über 60 Millionen Dollars nach England verkauft worden. Demnach hat Deutschland für 10 Millionen Dollars mehr Baumwolle von Amerika gekauft als England und war somit bei weitem der beste Abnehmer. Allerdings ist ein erheblicher Teil der nach Deutschland verschifften Baumwollmengen auf dem Wege der Durchfuhr nach anderen europäischen Ländern gegangen. Auch der Kupferexport von den Vereinigten Staaten nach Deutschland, der sich für die ersten 8 Monate dieses Jahres dem Werte nach auf 17 Millionen Dollars belief, war größer als der nach irgend einem anderen Lande. Die gesamte Wareneinfuhr von den Vereinigten Staaten nach Deutschland betrug in den ersten sieben Monaten des Jahres 1923 168.733.000 Dollars. Diese Zahlen, die infolge der katastrophalen Wirtschaftslage in Deutschland in den letzten 2 Monaten einen bedeutenden Rückgang erfahren haben dürften, zeigen, in welchem Maße die Industriewirtschaft des rohstoffarmen Deutschland auf einen geregelten Güteraustausch mit Amerika angewiesen ist.

**Ertrag der Kapitalverkehrssteuer.** Im August 1923 erbrachte die Kapitalverkehrssteuer insgesamt (in Milliarden M.) 1055, davon am meisten der Börsenstempel 745; dann der Aktienstempel 122, Bezugsrechtssteuer 96, Devisenumsatzstempel 70.

## Börsenberichte

### Mannheimer Effektenbörse

**Mannheim, 7. Nov.** Im Einklang mit den auswärtigen Börsen verkehrte die heutige Börse zu wesentlich niedrigeren Kursen. Eine Ausnahme machten Versicherungs-Aktien und wurden Mannheimer Versicherung zu 12.000 Milliarden M. pro Stück umgesetzt. Von Bankaktien stellten sich (in Milliarden Prozent): Pfalz Hypotheken-Bank 1800 bez. u. G., Rhein. Creditbank 2000 bez. u. G., Rhein. Hypothekenbank 800 bez. u. G., Südd. Disconto 5000 G. Von chemischen Werten: Anilin 18.000 bez. u. G., Rhenania 11.000 bez. u. G. und Westeregeln 25.000 G. u. f. Benz-Aktien gingen zu 3500 um; ferner: Dampfkesselfabrik Rodberg zu 800, Gebr. Fahr zu 3000, Waggonfabrik Fuchs zu 1000 und zu 1300, Knorr zu 2000, Braun Konserven zu 500, Mannheimer Gummi zu 400, Maschinenfabrik Badenia zu 500, Neckarsulmer zu 2000, Pfalz Mühlenwerke zu 500, Pfalz Nähmaschinen zu 2000, Rhein-Elektra zu 1250, Freiburger Ziegelwerke zu 300, Wavss u. Freytag zu 2000, Zellstoffabrik Waldhof zu 5000, Zucker Frankenthal zu 5000 und Zucker Waghäusel zu 3000. Von Brauereien wurden Sinner zu 1800 gehandelt.

## Devisenmarkt

New York, 7. Novbr. (W) Devisen		S. W. Devisen		S. W. Devisen	
Frankreich	Belgien	Schweden	England	Spanien	Italien
8,75	5,70	17,75	17,71	13,25	13,25
4,25	4,21	4,45	4,44	4,47	4,43

## Waren und Märkte

**Erntevorschätzung für Hackfrüchte durch die Saatenstands-Berichterstatter von Anfang Oktober:** Kartoffeln: Anbaufläche 2.725.818 ha (l. v. 2.720.810 ha), vom Hektar 115,5 (144,3) dz, insgesamt 314.698.031 (392.439.764) dz, Zuckerrüben: Anbaufläche 383.909 (417.107) ha, Ertrag vom Hektar 221,7 (269,6), insgesamt 85.104.485 (108.299.327) dz, Runkelrüben: Anbaufläche 756.729 (784.315) dz, vom Hektar 277,4 (316,9) dz, insgesamt 209.911.080 (248.551.716) dz.

**Freiburger Weinbörse.** Die Nachfrage nach Wein und Brandwein ist augenblicklich gering, da die Goldmarkpreise von den Verbrauchern nicht erzielt werden können. Der schlechte Geschäftsgang im Wein- und Brandweinhandel fand auch im geringen Besuch des letzten Börsentages seinen Ausdruck. Die geringen Mengen, die angeboten wurden, konnten deshalb kaum untergebracht werden. Nichtabsteweniger kann der Besuch der Weinbörse empfohlen werden, da die Anlage flüssiger Betriebsmittel auf der Weinbörse stets Deckung sucht. Die nächste Weinbörse findet heute Donnerstag, den 8. November, nachmittags 3 Uhr im Café Kopf statt. Die Börsentage werden künftig jeweils am Donnerstag, nachmittags 3 Uhr, im selben Lokal stattfinden. Die Verlegung der Börsentage auf Donnerstag war erforderlich, weil die Abwicklung der Geschäfte an den Samstagen infolge des Bankenschlusses auf Schwierigkeiten gestoßen ist.

London, 7. Novbr. (W) Metallmarkt (in Lat. f. d. engl. l. v. 1918 kg.)		S. W. Devisen		S. W. Devisen	
Speyer-Kasse	do. 3 Monat	Nickel	Zinn-Kasse	do. 3 Monat	Regulus
61 15	61 45	138	213	10	10
61 55	61 55	64	213	43	43

## Schiffahrt

**Dampferbewegungen des Norddeutschen Lloyd, Bremen**  
**Bremen-New York:** D. „President Roosevelt“ am 2. 11. an Bremerhaven; D. „President Harding“ am 27. 10. ab New York, voraussichtlich am 5. 11. an Bremerhaven; D. „President Arthur“ am 30. 10. an New York; D. „München“ am 3. 11. ab Bremerhaven; D. „Bremen“ am 31. 10. ab New York; D. „Seydlitz“ am 1. 11. an Portl. U.S.A. - Bremen-Baltimore; D. „Hansa“ am 2. 11. ab Bremen. - Bremen-Cuba-Galveston: D. „Werra“ am 30. 10. ab Galveston. - Bremen-La Plata: D. „Sierra Nevada“ am 1. 11. an Hamburg; D. „Gotha“ am 31. 10. Buenos Aires. - Bremen-Australien: D. „Aachen“ (heimkehrend) am 31. 10. Peris pass. - Bremen-Ostasien: D. „Ludwigshafen“ am 1. 11. ab Port Said; D. „Holstein“ (ausgehend) am 31. 10. ab Colombo; D. „Schlesien“ (ausgehend) am 1. 11. Ushant passiert.

## Wasserstandsbeobachtungen im Monat November

Name-Ort	Wasserstand							Wasserstand										
	1	2	3	4	5	6	7	1	2	3	4	5	6	7				
Oberrhein	70	1,60	1,80	70	1,60	1,80	70	1,60	1,80	70	1,60	1,80	70	1,60	1,80			
Oberrhein	2,85	2,81	2,66	2,65	2,61	2,55	2,85	2,81	2,66	2,65	2,61	2,55	2,85	2,81	2,66	2,65	2,61	2,55
Werra	4,73	4,82	4,80	4,41	4,9	4,60	4,73	4,82	4,80	4,41	4,9	4,60	4,73	4,82	4,80	4,41	4,9	4,60
Werra	3,95	3,77	3,53	3,41	3,32	3,49	3,95	3,77	3,53	3,41	3,32	3,49	3,95	3,77	3,53	3,41	3,32	3,49
Werra																		

**Mannheimer Wetterbericht v. 8. Nov. morgens 7 Uhr**  
 Barometer 752,5 mm. Thermometer 8,3°. Niedrigste Temperatur nachts: 2,0°C. Höchste Temperatur gestern: 9,0°C. Niederschlag: 0,0 mm auf den qm. Nordwest, leicht.

Nachbargebiete

Weißenheim a. B. 6. Nov. Am Freitag wurde hier der herkömmliche Viehfeiertag begangen. Im Jahre 1897 wurden Weißenheim a. B. und Bohenheim am Berg von einer schrecklichen Viehpest heimgesucht, die den Wohlstand der Bewohner beider Ortschaften zu vernichten drohte. Hier soll nur eine einzige Kuh verschont geblieben sein. Als Gott endlich das Uebel gemindert hatte, beschloßen die Einwohner beider Dörfer, einen eigenen Buß- und Danktag zu feiern, an dem morgens und mittags Predigtgottesdienste gehalten werden. Hier wird dieser Tag gekieert am Freitag nach Allerheiligen, in Bohenheim a. B. am Freitag vor Änare. Der frühere Brauch, daß an diesem Viehfeiertag Menschen von Tiere sollen mußten bis nach dem vormittägigen Gottesdienst, wird nicht mehr geübt.

Männer d. Dieburg. 6. Nov. Auf bisher unbekanntem Ort entstand in der Scheune des Bandwirts H. Braun dahier Feuer, das alsbald infolge des Sturmes, auf die benachbarte Scheune der Bandwirts Hofmann und H. Braun übergriff. Beide Scheunen wurden mit sämtlichem Inhalt von unerschütterbarem Werte und den Futtervorräten ein Raub der Flammen. Durch tödlichste Eingreifen der freien Feuerwehr von hier und der Umgegend konnten die umliegenden Gebäude gerettet werden.

Frankfurt a. M. 7. Nov. Die Inhaber über die Kosten der Lebenshaltung einer vierköpfigen Familie für den 1. November 1923 stellt sich nach den Ermittlungen von Dr. Rolf Elfas, Frankfurt a. M. für Frankfurt auf 300 300 000 000 Mark. Der höhere Geldwert der Mark ist innerhalb der letzten zwei Monate auf den 12 000sten Teil gesunken, der innere Geldwert auf den 100 000sten Teil.

Gerichtszeitung

Export von Papiermarkt

Verwendung als Tapete und Reframe

Unterhändler Geschäfte mit deutschem Papiergeld hat die Dienststelle A 3 des Kriminalpolizei, die sich mit der Kopie, Fälschung und dem Umlauf des Geldes, befaßt. Die bei einer Anzahl von Leuten festgenommen, die planmäßig und im Großen die Ausgabe von deutschem Geldscheinen, 10 000 bis 100 000 Mark Scheinen, betrieb. Dieses Konfiskation, das in Berlin eine Kri. Dienststelle hatte, verhaftete sich hier auf dunklen Wegen in großen Mengen Papiergeld, das bei Banken usw. gehandelt worden war und eingeschleppt worden sollte, weil diese, heute ja nur noch kleine Scheine, im täglichen Verkehr nicht mehr zu verwenden sind. Die Bündel wurden zu zungen Haufen oder auch in große Koffer gepackt und mit fingierten Adressen auf die Fahrt gegeben. Auf den Umkleekabinen nahmen derartige Unternehmungen das Erscheinungsbild in Empfang und lieferten es in die kleinen holländischen Grenzstädte, in denen es wieder von anderen Vermittlern abgenommen wurde. Diese schamgeleiteten es dann über die Grenze. Häufig ließ man es zunächst, während eines Zeitraums dieses Erscheinungsbild, nicht aus der Hand gehen. In Holland gibt es jedoch von Schenkerhäusern und dergleichen Lokalen, die ihre Räume mit deutschen Geldscheinen tapezieren, um eine besondere Anziehungskraft zu haben. Andere Geschäftleute wickeln ihre Ware in die Geldscheine oder legen sie als Reframepapier bei. Die Geldscheine werden aber, wohl in ähnlicher Weise, auch nach England, Indien und sonst wohin in alle Welt verschifft. Es ist festgestellt, daß die sogar zu Film aufzunehmen verwendet werden, bei denen sie in großen Mengen in die Luft geworfen werden. Die Scheine haben als Papiergeld einen Wert, der den Kennwert übersteigt. Die Händler aber machten damit gute Geschäfte. Schon vor 14 Tagen zahlte man ihnen für 10 000 Mark Scheine im Betrag von 1. 200 000 Mark wert bis zu 60 holländische Gulden. Viele Zentner wurden auf Veranlassung der Berliner Kriminalpolizei in mehreren kleinen Städten an der holländischen Grenze angesetzt und beschlagnahmt, auch in Berlin noch verschiedene volle Koffer. Die beschlagnahmten Bündel wurden dem Untersuchungsrichter vorgeführt und gegen V a r g a s e i vorläufig wieder freigegeben.

Die Geschäftsleitung der holländischen Brennstoffgesellschaft Berlin

Vor der Kammer für Handelsfachen des Bankgerichts 1 Berlin wurde ein Prozeß verhandelt, der im August d. J. dem Kam. suspendierte und im Oktober entlassene Direktor Kullisch der holländischen Brennstoff-Gesellschaft gegen die Stadt Berlin angehängt hat. Kullisch verlangt im Klagebegeh die Zahlung seines Gehalts für August und September, während die Stadt Berlin gleichzeitig im Wege der Widerklage die Herauszahlung beantragt, daß die gegen Kullisch ausgesprochene fr. holländ. Entlassung zu Recht bestehe. Die Stadt Berlin hat als Nachbesserung der Entlassung eine Reihe von Gründen angeführt: einmal das Geschäft, das Kullisch mit der Kriegshinterdienstleistungen abgeschlossen hatte, das i. H. zu letzten Erörterungen Anlaß gab, aber seine Geschäfte mit privaten Brennstofffirmen, darunter mit einer, an der er selbst beteiligt war, ferner die Zahlweise, daß Kullisch unberechtigterweise Zantieren entnommen und daß er sich seine Wohnung auf Kosten der Stadt, habe luxuriös ausstatten lassen. Für den Kläger Kullisch bestritt K. A. Dr. Hamburger die Entschuldigungsgründe. Für die Stadt Berlin beantragte K. A. Dr. Weinberg die Abweisung der Klage. Die Entlassung des Klägers sei zu Recht erfolgt aus den angegebenen Gründen. So habe er als Geschäftsführer der Brennstoffgesellschaft zu einer Zeit, als diese selbst ein Ruinierter sei für 51 000 - 65 000 A. einverleibte, 436 Ruinometer für je 30 000 A. an seinen Schwager Kull verkauft, noch dazu aus den Befehlen, die für Hinterdienstleistungen bestimmt waren. Auch an eine andere Firma habe er unter Preis verkauft. Die vorstehende und noch nicht genehmigte Entlassung der Zantiere habe Kullisch selbst zugestanden. Was das Kohlengeschäft mit der Kriegshinterdienstleistungen betrifft, so sei bei der Kompliziertheit des Geschäftes Versehen unter allen Umständen notwendig. Das Gericht beschloß, über die verschiedenen Punkte Beweis zu erheben. Die Entscheidung soll in 8 Tagen verkündet werden.

Sportliche Rundschau

Flugsport

ka. Neuer Rekord im Schnellflug. Der amerikanische Flieger Leutnant Harold G. Brown unternahm kürzlich einen Angriff auf den Schnellfliegerrekord. Er unternahm während einer Stunde bei dem Internationalen Verband folgende Leistungen für Höchstleistungen von 3 km. und erreichte dabei die fabelhafte Geschwindigkeit von 416,821 km. Damit ist der bisherige Rekord von 390,761 km. bedeutend verbessert.

Schwimmen

ka. Festsitz in Stockholm. Der Start des deutschen Rudermeisters K. F. (Hellas Ruderklub) bei den internationalen Weltkämpfen des Rudermeisters Stockholm war von keinem Erfolg begleitet. Der Ruderer wurde von dem Schweden O. J. in 100 Meter-Ruder-Schwimmen auf den zweiten Platz verwiesen.

Billardsport

ka. Billard-Weltmeisterschaft. Bei den Kämpfen auf dem grünen Tisch in New York hatte der junge Deutsche Erich Hagenhofer am 5. Tage einen weiteren schönen Erfolg zu verzeichnen, indem er sich gelang, den Amerikaner K. H. R. von dem Sieger des Weltmeisters D. H. mit 500 gegen 325 auf dem Felde zu schlagen. Seine Höchstserie war 157. 5 Sätze war bei einer Höchstserie von 100 gegen den Franzosen Louis mit 500-342 erfolgreich und triumphierte am nächsten Tage auch gegen den etwas unkompetenten Hagenhofer leicht mit 500-153. Die bisher höchste Serie während des ganzen Turniers erreichte der Belgier Horemans, der seine Partie gegen D. H. mit 244 Punkten eröffnete. Trotzdem gelang es D. H. noch seinem gleichmächtigen Gegner mit 485 Punkten zu gewinnen. Seine dritte Niederlage erlitt der Franzose Conti gegen den

Belgier, welcher jedoch nur ganz knapp 500-475 gewinnen konnte. Ohne Niederlage ist bisher nur Schäfer, der bereits schon einmal den Weltmeistertitel errang. Er hat nun noch gegen seine Landsleute Hoppe und Cochran anzutreten und damit zwei schwere Aufgaben zu lösen.

Susball

ka. Bundespokal-Fußballturnier. Die mitteldeutsche Mannschafft, die am Sonntag in Leipzig unter Leitung von Schulz-Homburg gegen die Vertreter Sächsischlands antrat, wurde wie folgt aufgestellt: Richter (Chemnitz), Brechtel (Ritz Dresden), Richter (GutsMuths Dresden), Schwäbe (L. i. B. Leipzig), Jahn (Ritz Dresden), Wülfel (Chemnitz), Belp, Reichmann (GutsMuths Dresden), Thomas (Wacker Halle), Hermsdorf (Fortuna Leipzig), Paulsen (L. i. B. Leipzig).

Olympiade

ka. Olympische Spiele 1924. Nur nicht weniger als 880 Mann bedinglichen die Vereinigten Staaten bei den Olympischen Spielen 1924 in Paris zu erscheinen. Bereits jetzt ist man fleißig beim Training. Die Kosten dieser Expedition sind auf 350 000 Dollar veranschlagt. Griechenland beteiligt sich infolge der ungünstigen finanziellen Lage der Sportverbände und des Staates nicht an den Olympischen Spielen.

Neues aus aller Welt

Die Frauen von Holloway

Ein englisches Reformgefängnis

Das englische Frauengefängnis Holloway, das schon immer eine moderne Einrichtung war, bildet sich mehr und mehr zu einem Erziehungsanstalt heraus. Holloway beherbergt seine Gefangenen aus dreizehn verschiedenen Bezirken und enthält im Jahre durchschnittlich 3000-5000 Frauen und Mädchen. Es ist gleichzeitig ein Schulgefängnis für jene Frauen, die dem Staat das Steuerzahlen verweigern, und für diejenigen Mütter, welche sich strecken, ihre Kinder in die Schule zu schicken. Es ist sehr merkwürdig, daß in England nach derartige Vergehen mit Gefängnis bestraft werden. Aber Holloway hat im Laufe der Jahre einen ausgesprochen häuslichen Charakter angenommen. In der Vorhalle steht ein almodifizierter runder Tisch, auf dem Bücher liegen, und in der Mitte steht ein Blumentopf, wie in den Tagen unserer Großmütter. Es ist im allgemeinen nicht üblich, in Gefängnissen Kindergehege zu haben. Aber Holloway hat eine richtiggehende Kinderstube und schöne, lustige Räume mit Kinderbetten, und die Wände dieser Zimmer sind mit Bildern geschmückt, die ein Kindergemälde ersetzen können. Denn jede Frau, die hinter die Mauer von Holloway kommt, darf ihr Kind mit ins Gefängnis nehmen, sobald es noch nicht den zweiten Lebensmonat überschritten hat. Viele Kinder werden auch in diesem Gefängnis geboren, bei denen dann als Ort der Geburt nicht Holloway, sondern nur der Bezirk angegeben wird. Das besuchte Unterrichtslehrer unterrichten abends zwei Stunden die Frauen und Mädchen von Holloway. Es gibt zwei Klassen: eine für die Jugendlichen unter 21 Jahren und die andere für die Älteren. Es gibt mehrere gut eingerichtete Schulräume in diesem Frauengefängnis. Die Inhaftierten haben morgens um halb 8 Uhr auf und werden bis halb 8 Uhr abends befristet, so daß sie die Zeit der Haft nur wenig in ihrer Freizeit verbringen. Man beschäftigt sie vrschiedenartig, meist mit Handarbeit oder mit dem Flechten von Schalen, worin viele Inhafteten eine besondere Geschicklichkeit an den Tag legen. Die Gefängnisflora in Holloway ist ausgezeichnet. In allen Räumen stehen Blumen, sogar in den Zellen und auf den Achselbänken.

Verantwortl. Drucker und Verleger: Drucker Dr. Hans Mannheimer General-Anzeiger G. m. b. H., Mannheim, E 6 2. Dr. Christian Heroldmann Grunow - Verlagsleiter: Kurt Müller. Verantwortlich für den politischen und volkswirtschaftlichen Teil: Kurt Müller; für den Neuliteratur-Teil: Fritz Gommers; für den Kommunalpolitischen und Sozialen Teil: Richard Schindler; für Sport und Kunst und alle Welt: Otto Müller; für Handelsnachrichten: aus dem Lande: Richard Schindler; für den übrigen redaktionellen Teil: Franz Richter; für Anzeigen: Kurt Müller.

Verkehrsverein E.-V. Mannheim.

Die Mitglieder werden ersucht, ihre Kennnummern gegen Zahlung des Mitgliedsbeitrags 1923 (10 Mark, für Frauen 10 Mark) im Verkehrsverein abzugeben. 2247 Der Vorstand.

Stellen-Gesuche

Junges Kaufmann sucht Stellung als 4647

Reisender.

Reisende mit K. L. 43 an die Geschäftsstelle.

Stellung sucht sofort

Widwen aus gut bürgerl. Familie in großem Haushalt als Stütze der Hausfrau zur Erl. der Haushaltung (Kochen). Bei guter Verbindung sofort gelehrt. Gehalt 4000/20. Adressen: K. M. 44 an die Geschäftsstelle.

Offene Stellen.

Schlosser

Dreher

Saarbrücken

bei Veranlassung per sofort gesucht. Bedingung: 5-jähriger Eintritt in die Fußballspieler-Vereinigung. Angebote unter Nr. 1500 an die Anzeigebureau, Saarland-Saarbrücken. 2248

2. Verkäufer

in 2. H. für Bediensteten. Gehalt per Monat 4000. Adressen: K. M. 44 an die Geschäftsstelle.

Perfekte

Stenotypistin

in Büro-Verhalten. Adressen: K. M. 44 an die Geschäftsstelle.

sofort gesucht.

Stendenmädchen

in 2. H. für Bediensteten. Gehalt per Monat 4000. Adressen: K. M. 44 an die Geschäftsstelle.

1 junges Mädchen

in 2. H. für Bediensteten. Gehalt per Monat 4000. Adressen: K. M. 44 an die Geschäftsstelle.

Ein ordentl. Mädchen

in 2. H. für Bediensteten. Gehalt per Monat 4000. Adressen: K. M. 44 an die Geschäftsstelle.

Alleinmädchen

in 2. H. für Bediensteten. Gehalt per Monat 4000. Adressen: K. M. 44 an die Geschäftsstelle.

Alleinmädchen

in 2. H. für Bediensteten. Gehalt per Monat 4000. Adressen: K. M. 44 an die Geschäftsstelle.

Bekanntmachung

betreffend die Ausgabe neuer Reichsbanknoten über 50 Milliarden Mark mit dem Datum vom 26. Oktober 1923 (III. Ausgabe).

In den nächsten Tagen werden neue Reichsbanknoten über 50 Milliarden Mark in den Verkehr gegeben werden. Sie sind 65 x 133 mm groß und auf grünem oder grauem Wasserzeichenpapier (Bierbaumwolle) gedruckt. Der quer über die Mitte laufende Unterdruck besteht aus einer etwa 30 mm breiten graugrünen Gulliescheife. Die Beschriftung in schwarzer Farbe lautet:

Reichsbanknote Fünfzig Milliarden Mark

zahlt die Reichsbankhauptkassa in Berlin gegen diese Banknote dem Einlieferer. Vom 1. Februar 1924 ab kann diese Banknote ausgetauscht und unter Umtausch gegen andere gesetzliche Zahlungsmittel eingezogen werden.

Berlin, den 26. Oktober 1923

Havenstein v. Glasenapp v. Grimm Kauffmann Schneider Badczies Bernhardt Seiffert Vocke Friedrich Fuchs P. Schneider

Rechts und links von den Unterschriften stehen die Stempel mit der Umschrift Reichsbankdirektorium. Die Wertbezeichnung ist durch kräftige Druckschrift hervorgehoben. Der vierzellige Strich ist links, hochstehend angebracht.

Die Rückseite ist unbedruckt.

Die Noten werden ohne Nummern in den Verkehr gegeben werden.

Berlin, den 1. November 1923. E282

Reichsbankdirektorium

Havenstein v. Glasenapp.

Kommis

welcher in allen Büroarbeiten durchaus erfahren und mehrjährige Kommisistatigkeit in

Zigarrenfabriken

nachdem ten kann Ausländische schriftliche Angebote an H. W. Reiss, Zigarrenfabriken.

Sehr rühriger und gut eingeführter Vertreter zum Verkauf meiner Naturkuchen für Baden und um angrenzende Gebiete gesucht. Hanauer Küchenmöbelfabrik, Bruchköbel b. Hanau. 679

Drucksachen Industrie

Druckerei Dr. Haas, G. m. b. H., E 6 2.

Bekanntmachung

betreffend die Ausgabe neuer Reichsbanknoten über 200 Milliarden Mark mit dem Datum vom 15. Oktober 1923 (I. Ausgabe).

In den nächsten Tagen werden Reichsbanknoten zu 200 Milliarden Mark in den Verkehr gebracht werden. Die Noten sind 8 x 14 cm groß und auf weißem Wasserzeichenpapier mit Linienmuster mit den Buchstaben G und D, Angelmuster oder Gittermuster mit dem ständig wiederkehrenden Buchstaben S gedruckt. Der Untergrund zeigt ein zartes, guillochiertes Linienmuster mit zahlreichen Schleifen und Schlingen, die in der Längsrichtung der Note regelmäßig wiederkehren. Dieser Untergrund ist in verlaufenden Farben, und zwar braun - violett - braun gedruckt. In der Mitte zeigt er wazerecht den Aufdruck eines ca. 2 1/2 cm breiten gleichartigen Linienmusters, ebenfalls in verlaufenden Farben violett - grün - violett, durch welchen jedoch die Linienornamente des Hauptmusters durchschneiden. Der Untergrund wird durch einen ca. 4 mm breiten schwarzen Rahmen eingefasst innerhalb dessen ebenfalls in schwarzer Farbe folgender Textaufdruck in lateinischer Schrift angebracht ist:

REICHSBANKNOTE Zweihundert Milliarden Mark

zahlt die Reichsbankhauptkassa in Berlin gegen diese Banknote dem Einlieferer. Berlin, den 15. Oktober 1923. REICHSBANKDIREKTORIUM

Havenstein v. Glasenapp v. Grimm Kauffmann Schneider Badczies Bernhardt Seiffert Vocke Friedrich Fuchs P. Schneider

Rechts und links von den Unterschriften befinden sich die Kontrollstempel, links vom Ausstellungsor die Kennbuchstaben und die Serienbezeichnung, rechts vom Datum die Nummer in roter Farbe. Unterhalb der Wertbezeichnung ist beiderseits des Textes der Strafzettel ebenfalls in lateinischer Schrift angebracht, oberhalb der Wertbezeichnung links und rechts in violetter Farbe die Zahl 2.0.

Die Rückseite der Note ist unbedruckt.

Berlin, den 1. November 1923. E282

Reichsbankdirektorium

Havenstein v. Glasenapp.

Miet-Gesuche

6 Zimmer-Wohnung

in der Oststadt gegen gleiche in Frankfurt a. M. zu tauschen gesucht. Hausverkauf oder Tausch nicht ausgeschlossen. Angebote unter K. P 47 an die Geschäftsstelle.

Möbliertes Wohn- und Schlafzimmer

in nur bestem Hause, möglichst Oststadt, wird von kinderletem Ehepaar, in leitender Stellung der Industrie, per sofort gesucht - Keine Küchenbenutzung, Wäsche wird gestellt. Wertbezeichnung: Mietz. Angebote unter L. C. 60 an die Geschäftsstelle des Blattes. 4555

Tausch.

Großes Büro, 10 Räume mit 3 Zimmer-Wohnung in zentraler Lage Hauptverkehrsplatz der Strassenbahnen, gegen kleineres Büro von 4 Räumen und 3 Zimmer-Wohnung in der Schlossgegend, Oberstadt. Angebote unter M. Y. 173 an die Geschäftsstelle. S235

Wohnungstausch!

5 Zimmer-Wohnung in guter Lage gegen 3 Zimmer-Wohnung-Ländchen zu tauschen. Antrag wird erögert. Angeb. unter L. B. 29 an die Geschäftsstelle. 4084

